

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

23.1.1928 (No. 19)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen 10% Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweise Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden
(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung)
für die Zeit vom 12. bis 18. Januar 1928

Der Andrang Arbeitsuchender zum Arbeitsmarkt war noch etwas größer als bisher. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger zeigte eine weitere Steigerung von 35 215 am 12. Januar auf 36 547 am 18. Januar bei gleichzeitigem Sinken der Zahl der Krisenunterstützungsempfänger von 8067 auf 7622. Hier wirkt sich der Übergang von Krisenunterstützung zur öffentlichen Fürsorge (infolge Erreichung der Unterstützungshöchstdauer) aus.

In der Industrie der Steine und Erden hat die milde Witterung zur Rückberufung entlassener Stammarbeiter in die Sandsteinbrüche geführt. Im Eberbacher Bezirk machte sich Nachfrage nach geschulten Steinbrechern bemerkbar, Ziegeleien nahmen ebenfalls teilweise die Arbeit auf und ein großes Zementwerk hat seine entlassenen Arbeiter fast reiflos wieder eingestellt.

Auf dem Arbeitsmarkt der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie machten sich bisher schon beobachtete Schwankungen auch weiterhin noch fühlbar, ohne sich indes, im ganzen betrachtet, stark auszuwirken. Die Nachfrage nach Arbeitskräften der handwerklichen Metallberufe ist allerdings schwach geblieben und teilweise noch geringer geworden, in der Ferd., in der Nähmaschinen- und in der Waggonindustrie wurden Entlassungen ausgesprochen. Andererseits regte sich in der Fabrikation der landwirtschaftlichen Maschinen noch stärkerer Bedarf. Für die Drahtfabrikation wurden weibliche Kräfte benötigt. Im allgemeinen Maschinenbau schien sich die Aufnahmefähigkeit etwas zu steigern. In der Schmuckwarenindustrie blieb die Nachfrage nach Kräften zwar ruhig, der Beschäftigungsgrad aber günstig.

In der chemischen Industrie wurden Arbeiterinnen für die Bindholzfabrikation benötigt, in der elektrochemischen Industrie ist mit einer Verstärkung des Kräftebedarfs in den nächsten Monaten zu rechnen.

Im Spinnstoffgewerbe blieb die Nachfrage nach Kräften von Seiten der Baumwollweberei bestehen, die Seidenbandfabrikation hat Kräftebedarf gemeldet, die Hanfindustrie Facharbeiterinnen eingestellt.

In der Zuckerindustrie gelangte eine größere Anzahl von in der Rohzuckerfabrikation beschäftigt gewesenen Arbeitskräften jetzt zur Entlassung. Im Genussmittelgewerbe hat der gute Beschäftigungsgrad des Zigarren- gewerbes zu weiteren Anforderungen, vornehmlich weiblicher Kräfte geführt.

Ungünstig gestaltete sich der Arbeitsmarkt des Bekleidungs- gewerbes, wenn auch örtlich lebhaftere Nachfrage nach Näherinnen für Bindjacksfabrikation gemeldet werden konnte.

Für kaufmännische Angestellte erwiesen sich — bei einem noch ganz erheblichen Überangebot an Kräften — im ganzen betrachtet, Drogenhandel, chemische Industrie und Metallindustrie in einem gewissen Umfange aufnahmefähig.

Im Baugewerbe ermöglichte die milde Witterung eine etwas vermehrte Einstellung von Maurern und Gipfern.

Im Hotelgewerbe gingen Personalanforderungen für die kommende Saison noch kaum in nennenswertem Maße ein; hingegen vermehrten sich im Restaurations- gewerbe die Beschäftigungsmöglichkeiten für Serbierpersonal zur Aushilfe für Vereinsfestlichkeiten.

Vor einer Rede Poincarés

M. B. Paris, 23. Jan. (Tel.) Poincaré läßt durch einige Blätter erklären, daß er im Laufe der morgen beginnenden Finanzdebatte in der Kammer nur über die Finanzpolitik sprechen werde, da er seine politischen Ausführungen über die „kommenden Wahlen“ später in einer Stadt jenseits der Loire zu machen gedenke.

Unter dem Verdacht der Anstiftung zum Mord

M. B. München, 23. Jan. (Tel.) Auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters III beim Landgericht Stettin wurde der ledige Kaufmann Edmund Deines, Angehöriger des Bundes Nothbach, gestern in Schongau durch Münchener und Stettiner Kriminalbeamte festgenommen und heute morgen nach Stettin abtransportiert. Deines ist dringend verdächtig, einen Mord angestiftet zu haben, der im Sommer 1920 auf einem pommerischen Gut an einem Angehörigen des Bundes Nothbach begangen worden ist.

Letzte Nachrichten
Zur politischen Lage im Reich

M. Berlin, 23. Jan. (Priv.-Tel.) Die politische Lage, wie sie sich gleich zu Beginn der Statberatungen gestaltet hat, muß nach wie vor als recht kritisch angesehen werden, wie auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in seiner Mannheimer Rede bereits mit der Möglichkeit von Wahlen rechnete. Vor allem spitzt sich jetzt das Interesse auf das Schulgesetz, namentlich auf den § 20, der die Simultanschule in Baden und Hessen behandelt, zu. Die Regierungsparteien hielten heute vormittag Besprechungen darüber ab, bei denen auch der Reichskanzler zugegen war. Dies zeigt die Bedeutung dieser Frage zur Genüge. Den Etat will man jedoch unter allen Umständen verabschieden.

M. Berlin, 23. Jan. (Tel.) Nachdem auch die Bestimmungen des Reichsschulgesetzes über die Einschränkung der Religionsgesellschaften in den Religionsunterricht im wesentlichen in der Form des Kompromisses der Regierungsparteien im Bildungsausschuß des Reichstages verabschiedet worden sind, wird sich der Ausschuß in seinen weiteren Beratungen am Dienstag noch mit dem Rest der umstrittenen Paragraphen des Gesetzes beschäftigen müssen. Dazu gehört vor allem auch die Schonfrist für die Simultanschulen und die allgemeine Übergangsvorschriften des § 20. Danach tritt das Gesetz in den folgenden Simultanschuländern Baden und Hessen erst fünf Jahre nach seiner Verkündung in Kraft. Da außer den Oppositionsparteien auch die Deutsche Volkspartei eine länger dauernde Sicherung der bestehenden Simultanschulen verlangt, so fanden am heutigen Montag nochmals Besprechungen unter den Regierungsparteien über dieses Problem statt. Wie das B.D.Z.-Büro hört, ersuchen auch Reichskanzler Dr. Marx am Vormittag im Reichstage, um diese Besprechungen einzuleiten.

Das Wasserstraßenprogramm

M. Berlin, 23. Jan. (Priv.-Tel.) Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Wasserstraßen vorgelegt, was auf Grund einer im April gehaltenen Reichstagsdebatte geschied. Eigentlich sind es drei Denkschriften, sie behandeln den Mittelkanal, die Rhein-Main-Donauwasserstraße und die Neckar-Kanalisation. Infolge der gespannten Finanzlage ist eine Reduzierung der ursprünglich in Aussicht genommenen Beträge um 1/4 vorgesehen, auch mit Rücksicht darauf, daß man die gebliebenen Seite dieser Angelegenheit noch nicht genügend beurteilen kann und auch den Verkehr noch nicht vollkommen zu schätzen in der Lage ist. Deshalb hat man auch die Beseitigung geandert. Man will die Verbindung des ostdeutschen Wasserstraßennetzes mit dem westdeutschen nach Möglichkeit fördern, am Main die Großschiffahrt bis Würzburg, an der Donau bis Regensburg zunächst ermöglichen, ferner am Neckar die Kanalisierung bis Heilbronn. Dieses Programm soll in 10 Jahren, also bis 1937, durchgeführt werden. Das bedeutet gegenüber den Staatsverträgen mit den süddeutschen Staaten eine wesentliche Mäßigung des Bauprogramms. Es entfallen auf den Mittelkanal jährliche Beiträge von durchschnittlich 22,5, auf den Rhein-Donaukanal solche von 5-6 und auf den Neckar Kanal solche von rund 4 Millionen. Die durchschnittlichen, vom Reich aufzubringenden Kosten werden im Jahresdurchschnitt sich auf 33,7 Millionen belaufen. Das Gesamtprogramm erfordert 337 Millionen.

Wahlgesetz und Splitterparteien

M. Berlin, 23. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Welt am Montag“, deren Informator für politische Fragen der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Breitscheid ist, teilt mit, daß man entschlossen sei, das Wahlgesetz noch zu ändern, um den Splitterparteien ihr Ausreten unmöglich zu machen.

Die amerikanische Antwort an Frankreich

M. Berlin, 23. Januar (Priv.-Tel.) In den Kreisen des amerikanischen Staatsdepartements wird der Eindruck der französischen Note — der Inhalt entspricht den bereits gemachten Mitteilungen — dahingehend zusammengefaßt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Washington weitere Verhandlungen als zwecklos erscheinen lassen. Es gäbe nur noch die Möglichkeit, Besprechungen mit allen Mächten einzuleiten, um eine gemeinsame Erklärung herbeizuführen, die den Krieg ächtet. Sie hätte natürlich keinen bindenden Charakter, doch verpflichtet man sich auch von ihr keine große moralische Wirkung. Die Denkschrift Kelloggs über den Antikriegsvertrag ist inzwischen allen Großmächten zugeleitet worden. Washington werde im übrigen in Zukunft eine abwartende Haltung einnehmen.

Die Kriminalität in Baden
1926 und 1925

III. Die Kriminalität der Frauen

Unter Frauen im Sinne dieser Besprechung werden alle weiblichen Angeklagten und Verurteilten verstanden, die straffähig, d. h. über 14 Jahre alt sind. Es wurde schon oben (unter I) erwähnt, daß ihre Kriminalität geringer geworden ist. Im einzelnen wurden wegen der folgenden Delikte Frauen verurteilt

Table with 4 columns: Delikt, 1926, 1925, 1926±. Rows include: II. Delikte gegen die Person (Beleidigung, Abtreibung, Sittlichkeitsdelikte, Kuppelei), III. Delikte gegen das Vermögen (Diebstahl, Vergehen gegen Gewerbeordnung, Betrug, Nahrungsmittelfälschung, Unterschlagung, Fehlerlei, Urkundenfälschung).

Zu der Reihenfolge nach den absoluten Zahlen steht der Diebstahl wiederum an der Spitze, obwohl feinerwegen 49 Frauen weniger verurteilt wurden; es folgen: Beleidigung, Vergehen gegen die Gewerbeordnung, Abtreibung, Betrug, Nahrungsmittelfälschung, Unterschlagung, Sittlichkeitsdelikte im ganzen, Kuppelei im besonderen, Fehlerlei und Urkundenfälschung.

Abgesehen von einigen Vergehen gegen die Gewerbeordnung kommen bei den Frauen nur die gegen die Person und die gegen das Vermögen gerichteten Delikte in Frage, die letzteren überwiegend. Es fallen sofort die großen Unterschiede auf, so daß für die Beurteilung besondere Zurückhaltung geboten ist. Merkwürdig bleibt, daß wegen Betrugs und wegen Kuppelei je 1/2 mehr Frauen verurteilt worden sind, und daß diesen Zunahmen bei der Nahrungsmittelfälschung eine Abnahme von fast der Hälfte und bei der Fehlerlei um 45,5 Proz. gegenübersteht. Zu der Beteiligung von Frauen gegenüber den Männern bei einzelnen Deliktarten kann gesagt werden, daß bei den Delikten, die Körperkraft oder Robheit voraussetzen, die Frauen verschwindend wenig beteiligt sind. Andererseits scheint ein Vergleich der Anteilszahlen bei Frauen bei Diebstahl und Betrug mit ihrem Anteil an der Gesamtkriminalität (12,8 Proz.) zu zeigen, daß die Frauen besonders bei den Delikten beteiligt sind, die List, Schlaubeit und Vertellung zur Ausführung verlangen; doch mahnt die geringe Zahl bei der Urkundenfälschung und der Rückgang bei der Unterschlagung zur Zurückhaltung.

IV. Die Kriminalität der Jugendlichen

Es wurden u. a. wegen der folgenden Delikte

Table with 4 columns: Delikt, 1926, 1925, 1926±. Rows include: I. Delikte gegen Staat und öffentliche Ordnung (Autofraßachen, unerlaubter Waffenbesitz), II. Delikte gegen die Person (Körperverletzung, Sittlichkeitsdelikte), III. Delikte gegen das Vermögen (Diebstahl, Sachbeschädigung, Unterschlagung, Betrug, Urkundenfälschung).

Der Diebstahl steht hier trotz des bedeutenden Rückgangs um fast 1/4 nicht nur an erster Stelle, sondern er läßt die übrigen Delikte der Jugendlichen weit hinter sich. Es folgen: Autofraßachen, schwerer Diebstahl im besonderen und Körperverletzung im ganzen, qualifizierte Körperverletzung im besonderen, Sachbeschädigung, Unterschlagung, Sittlichkeitsdelikte, Betrug, unerlaubter Waffenbesitz und Urkundenfälschung. Auffallend sind die Unterschiede beim Diebstahl (über 50 Proz. des Gesamtrückgangs), bei den Sittlichkeitsdelikten und bei den Autofraßachen (+ 21 trotz eines Gesamtrückganges von 194). Weibliche Jugendliche sind insgesamt 69 (gegen 112) und zwar wegen Diebstahls 37 (72), wegen Be-

trugs 6 (12) und wegen Abtreibung 10 (6) beurteilt worden. Die Unterschiede von 1926 gegen 1925 sind so groß, daß es sich empfiehlt, sie in den nächsten Jahren auf ihre Beständigkeit zu prüfen.

Die Etatsdebatte im Reichstag

W.B. Berlin, 21. Jan.
Vor der Aussprache wird der Verlängerung des Weistbegünstigungsvertrages zwischen Deutschland und Paragway in allen drei Lesungen zugestimmt.

In der dann fortgesetzten Generaldebatte zum Etat für 1928 nimmt zur Geschäftsordnung der Abg. Müller-Franken (Soz.) das Wort und behandelt, wie bereits gemeldet, die Rede des Reichsinnenministers v. Reudell auf der Generalversammlung des pommerischen Landbundes. Er verlangt vom Reichszentralrat Auskunft, was die Reichsregierung zu dieser Herabwürdigung und Verächtlichmachung des Reichstages zu sagen habe.

Präsident Löbe erklärt, er werde den Reichszentralrat von dieser Frage unterrichten lassen.

Als nächster Redner tritt Abg. v. Guérard (Ztr.) gleichfalls, daß das Auftreten des Reichsinnenministers die entsprechende Aufklärung seitens der Reichsregierung finden werde, die auch die Zentrumsfraktion verlange. Der Redner steht dem Etat mit einer gewissen Skepsis gegenüber, da die Ausgleichung nur möglich gewesen sei in Auswirkung besonders günstiger Umstände. Jeder Konjunkturanschlag könne schwere Folgen für die Finanzgebarung haben. Wenn es gelinge, die heimische Erzeugung, insbesondere die der Landwirtschaft, produktiver zu gestalten, und dadurch die starke Einfuhr von Lebensmitteln zurückzudrängen und andererseits das rein zahlenmäßige Bild des Etats, soweit die Steuern in Frage kommen, sich erheblich verbessern. Man müsse anerkennen, daß die Sozialdemokraten in den letzten Jahren im Reichstag eine lokale Opposition getrieben haben, während im preussischen Landtag die dortige Opposition immer erneut zur Obstruktion der wichtigsten Gesetzesvorlagen greift. Das Zentrum lasse sich seinen Blick durch koalitionsmäßige Liebe nicht trüben und habe immer auf volle Freiheit seiner Entschlüsse gehalten. Das gelte auch für die Zukunft. Der Redner billigt die vom Reichsaußenminister geführte Außenpolitik. Redner weist den Minister für die bestellten Gebiete noch nachdrücklich darauf hin, daß eine Reihe von Städten und Kommunalbehörden und sogar das Land Hessen vor dem Ruin stehen. Daneben sei sich das Zentrum auch seiner vaterländischen Pflichten gegenüber dem Osten bewußt. Auch das Telegramm des Reichsinnenministers an die Studenten im Zirkus Busch können wir nicht billigen. Eine gewisse Zurückhaltung der an vorderster Stelle stehenden Repräsentanten des Volkes ist überhaupt unser Wunsch. Wir richten ihn auch an den Reichstagspräsidenten, der nach dem Reichspräsidenten der oberste Vertreter des deutschen Volkes ist, den wir noch lange dem deutschen Volke an dieser Stelle erhalten wissen wollen. Der Kampf um die innerstaatliche Entwicklung des Reiches ist bei Selbstandigkeit der Länder bestand auch früher nur unter preussischer Hegemonie. Ein echter Föderalismus kann nur bei solchen Ländern mit eigener Staatlichkeit gelingen, die auch wirklich instand sind, ihre Staatsaufgaben im Rahmen der Reichsaufgaben zu erfüllen. Am härtesten tritt die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung in Mitteldeutschland und im rhein-mainischen Gebiet in die Erscheinung. Wir wünschen das Problem nicht zugespitzt auf die Verschlagung Preußens. Der Ausschuss für Reichsreform muß baldige und gesunde Arbeit leisten. Der großdeutsche Gedanke in Verbindung mit dem Bild auf Österreich zwingt uns, vorsichtig weiter zu gehen. Die deutsche Republik, zu der wir stehen, marschiert. Ein mühsames Beginnen ist es, so führt der Redner fort, einen Gegenstand zwischen Marx und mir festzustellen. Die Zentrumsfraktion steht geschlossen auf ihrem in Erfurt festgelegten Programm, wonach sie in der Republik die Staatsform erblende, auf deren Grundlage allein der Wiederaufstieg erreicht werden kann. Der Redner tritt für baldige Beratung der Wahlrechtsinterpellationen im Reichstag ein. Die Herbeiführung des endgültigen Schulfriedens für Deutschland ist unser Ziel, wobei wir auf unsere grundsätzlichen kulturpolitischen Grundsätze nicht verzichten können.

Reichszentralrat Dr. Marx erwidert auf Ausführungen des Vorredners zur Befragung des Verwaltungsrates der Reichsbahn. Ich bin nicht sehr angenehm berührt darüber, daß die Frage hier zur Sprache gebracht worden ist, ehe sie im Ausschuss behandelt worden ist (Hört! Hört!), weil ich Wert darauf lege, daß diese Frage im Einvernehmen mit Preußen in durchaus ruhiger, sachlicher Weise geklärt werde. Der Staatsgerichtshof hat in seinem Urteil die Feststellung getroffen,

daß Preußen einen Anspruch darauf hat, auch seinerseits einen Vertreter in den Verwaltungsrat zu schicken. Das Urteil gibt aber keinen Weg an, wie dieser Anspruch erfüllt werden kann. Die Reichsregierung geht davon aus, daß unter allen Umständen der Staatsgerichtshofentscheidung Rechnung getragen werden muß, daß also bei der nächsten Erledigung eines Postens im Verwaltungsrat der Anspruch Preußens befriedigt werden müsse. Die Staatsregierung verlangt aber, daß die Reichsregierung für die Freimachung einer Stelle sorgen möge, daß die zuletzt mit Reichszentralrat a. D. Dr. Luther besetzte Stelle von der Reichsregierung freigemacht werde. Die Reichsregierung hat keinen Weg gefunden, diesem Wunsche zu entsprechen (Hört! Hört!). Ich bin der Auffassung, daß der gleiche Anspruch wie Preußen auch den übrigen Eisenbahnländern Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden zusteht. Ich hatte deshalb vorgeschlagen, eine Einigung darüber durch eine gemeinsame Aussprache herbeizuführen. Das hat der preussische Ministerpräsident abgelehnt. Er meint, man solle durch moralische Einwirkung auf Dr. Luther versuchen, ob er selbst auf die Stelle verzichtet. Ich hielt es nicht für angängig, Dr. Luther zu fragen, sondern habe alle Vertreter der Reichsregierung gefragt. Ich weiß nicht, wie man lokaler vorgehen kann. Die Herren haben sich für die Beibehaltung der Posten entschieden. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß Preußen noch einmal den Staatsgerichtshof anruft und eine Entscheidung darüber verlangt, wie die Reichsregierung einen Posten freimachen soll.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) Aus dem Schweigen des Ministers von Reudell kann man schließen, daß der Zeitungsbereich zurechtfindet. Ich hätte Herrn von Reudell eine solche Äußerung über den Reichstag nicht zugetraut, dem er selber anzugehört die Ehre hat, oder wenn seine Äußerung richtig wiedergegeben ist, die Schande. Der Redner ist der Auffassung, daß zu übertriebenem Pessimismus keine Veranlassung vorliegt. Die vom Finanzminister als Arbeitsmittel gepriesene restlose Ausschöpfung der Steuerquellen sei nicht richtig; im Gegenteil sei eine pflegliche Behandlung der Wirtschaft erforderlich und eine Steuerentlastung, wenn die gegenwärtigen Einnahmen noch einige Monate anhalten. Als einzige Neuausgabe verlangt der Redner die Durchführung des Rentenversicherungsgesetzes. Daß die Regierung führerlos sei, wisse man schon lange, aber daß es der Redner der Deutschen Volkspartei hier ausspreche, sei immerhin beachtlich. Wenn die Rede dazu überleiten sollte, daß die Volkspartei nunmehr auch das Schulgesetz ablehne, so wäre das zu begrüßen. Der Redner wendet sich dann dem Problem der Neuordnung von Reich, Ländern und Gemeinden zu. Es müsse endlich Schluss damit gemacht werden, daß einzelne Länder den Maßnahmen des Reiches entgegenarbeiteten. Die Länder müsse man zu Reichsprovinzen umwandeln. Auf finanziellen Gebieten fordert der Redner Aufrechterhaltung des einheitlichen Steuerbehördenapparates, einheitliche Steuererhebung, unbeschränktes Zuständigkeitsrecht der Länder und klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern. Marx habe das Zentrum eine Verfassungsfraktion, Guérard eine republikanische Partei genannt. Das eine seien die Reichs-Deutschen, das andere die National-Deutschen. Die Außenpolitik sei jetzt allmählich für alle Parteien des Reichstages fest verankert. Bezüglich der bestellten Gebiete müsse man sich auf den Rechtsstandpunkt stellen, daß die Befragung vollkommen widerrechtlich ist.

Reichsinnenminister von Reudell nimmt dann unter lebhafter allgemeiner Spannung das Wort. Seine Äußerung sei aus dem Zusammenhang gerissen und nicht richtig wiedergegeben worden. Eine Verächtlichmachung des Reichstages, dem er selbst angehört, habe ihm durchaus ferngelegen (Lachen links).

Abg. Drewh (W. B.) nimmt die Finanzpolitik des früheren Finanzministers Schlieffen gegen Angriffe der Linken in Schutz. Der Redner verlangt eine wirksame Verminderung der Staatsausgaben und Vereinfachung der Verwaltung, die viel zu kostspielig sei. Ersparnisse seien notwendig, vor allem in der Verwaltung der Länder und Gemeinden. Die auch durch den Staatsgerichtshof beurteilten Wählerforderungen für die kleineren Parteien seien geradezu der Versuch, die öffentliche Wahl wieder einzuführen. Die gestrige Rede des volksparteilichen Abg. Dr. Cremer sei schwer zu vereiteln, in denen unter schwarz-weiß-roten Fahnen das Lied vom Kaiser Wilhelm gelungen wurde (Heiterkeit).

Abg. Leicht (W. B.) bezeichnet die Debatte als den Auftakt des bevorstehenden Wahlkampfes. Das gelte auch von manchen Rednern der Regierungsparteien (Heiterkeit). Er wolle nicht in den Ton des Abg. Dr. Cremer verfallen, der wohl vergessen habe, daß der Etat vom gesamten Reichskabinett eingebracht worden sei. Die Lage der Landwirtschaft werde, gehe mit der Landwirtschaft das ganze deutsche Volk zugrunde. Zur Außenpolitik erklärt der Redner: Wir haben den aufsichtigen Willen, mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben (Zurufe). — Ja, auch mit Preußen!

(Große Heiterkeit). Ein Verständigung ist auch unmöglich, wenn dem deutschen Volk eine so hohe Belastung auferlegt wird, daß ihre Verzinsung und Amortisation uns in dauernde Sklaverei bringen müßte. Das Schlagwort vom Einheitsstaat habe eine Art Hühner über viele Kreise des Volkes gedrückt, auch über viele Parlamentarier. Wenn gewisse Konzerne im Interesse der Dividenderhöhung die unrentabel arbeitenden Betriebe schließen, so dürfe man dieses System nicht auf die Staatspolitik übertragen. Dem Abg. Dr. Cremer müsse gesagt werden: Es gehört nicht zum guten Ton und Charakter, einem Armen die Armut vorzuwerfen. Darum sollte man auch nicht so verächtlich über die auszubeherrschenden Länder reden. Dankbar kann man Dr. Cremer dafür sein, daß er seine Wahlparole schon verraten hat, die Parole für den Einheitsstaat. Dafür werden ihm seine bairischen Freunde ein Denkmal setzen (Heiterkeit). Wir werden kämpfen für die Freiheit des Reiches, für die Selbständigkeit der Länder und für die Erhaltung der christlichen Kultur auf dem Boden der Völkerverständigung.

Abg. Dr. Heber (Nat.-Soz.) erklärt, für seine Freunde komme die Frage des Einheitsstaates erst zur Entscheidung, wenn Deutschland die drückenden Fesseln der Währungsverschiebung abgeworfen habe. Der Redner vermisse die Überbürdung der Kriegslasten auf die tragfähigen Schultern und fordere stärkere Besteuerung von Banken und Börse, Zinsen und Zubeigehöfen.

Weiterberatung Montag 15 Uhr. — Schluß gegen 17 Uhr.

Politische Neuigkeiten

Wehrminister Groener über sein Programm

Auf Anfrage an besonderer Stelle will der Berliner „Montag“ von einer dem Reichswehrminister politisch und persönlich nahestehenden Seite über das politische und Reichswehrprogramm des Ministers eine authentische Mitteilung erhalten haben, in der es heißt: Man weiß von dem General, daß er nur nach sorgfältiger Prüfung entscheidende Entschlüsse faßt. Man wird daher nicht mit einem Systemwechsel zu rechnen haben. Ihm wird sicher am Herzen liegen, das Vertrauensverhältnis zum Reichspräsidenten zu erhalten. Auch an einen Personalwechsel von Bedeutung ist nicht zu denken, da der Haushalt des Wehrministeriums bereits den Reichstag passiert hat und dem Reichstag vorliegt, wird der Minister also die Vorlage der Reichsregierung zu vertreten haben. Es ist damit zu rechnen, daß die Beratung dieses Etats wegen des Ministerwechsels an das Ende der Beratungen des Haushaltsausschusses gestellt wird. Fragen grundsätzlicher Art, die zu sofortiger Entscheidung drängen, liegen unseres Erachtens in der Wehrmachtverwaltung nicht vor.

Mit der Ernennung des neuen Reichswehrministers, General Groener, ist in der Öffentlichkeit und auch in politischen Kreisen vielfach die Frage aufgetaucht, ob der neue Reichswehrminister in seiner Eigenschaft als Generalleutnant bei entsprechenden Anlässen in Uniform erscheinen werde. Der Berliner „Montag“ bemerkt dazu: An sich hat General Groener das Recht, als Generalleutnant die Uniform der alten Armee zu tragen. Er hat aber nicht das Recht, die Uniform der Reichswehr zu tragen, da er nicht Mitglied der Reichswehr ist. Der neue Reichswehrminister würde also, wenn er in Uniform bei feierlichen Anlässen erscheinen würde, in der alten Uniform vor die Reichswehr treten. Infolgedessen ist man in den maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß der neue Reichswehrminister wie der bisherige Reichswehrminister Dr. Gehler im allgemeinen in Zivil seine Funktionen als Reichswehrminister ausüben wird.

Übergabe des Reichswehrministeriums. Reichswehrminister Dr. Gehler verabschiedete sich am Samstag durch eine Ansprache von seinen Beamten, während Reichswehrminister Groener sein Amt durch eine Ansprache übernahm. Gleichzeitig haben beide Minister Auftritte an die Wehrmacht gerichtet.

Die Verhandlungen im Zentrum

Die „Germania“ teilt mit, daß am Freitag in Berlin infolge der Bemühungen des Fraktionsvorsitzenden von Guérard eine Befragung im kleineren Kreise stattgefunden hat, an der auch die Abg. Stegerwald und Imbusch teilgenommen haben. Man darf hoffen, so sagt das Blatt, daß auch diese Befragungen günstig verlaufen.

Zu der Einigung zwischen dem Reichszentralrat Marx und Adam Stegerwald wird dem „V. L.“ von gut unterrichteter Seite u. a. geschrieben: Es muß unterschieden werden, zwischen den persönlichen Differenzen, die zwischen Marx und Stegerwald wegen des Briefes des Reichszentralrats an den katholischen Lehrerverband zum Ausdruck gekommen sind und zwischen der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit zwischen Imbusch und der offiziellen Leitung der Zentrumsfraktion. Die Differenzen zwischen Marx und Stegerwald können formell als beigelegt betrachtet werden, während der Konflikt mit Imbusch noch fortbesteht. Wenn Konflikt Marx-Stegerwald handelt es sich um die Auswirkung der Vorgänge anlässlich der Besoldungsreform. Im übrigen aber war Stegerwald durchaus mit der Rechtsabwendung des Reichszentralrats staatspolitisch einverstanden. Anders liegen die Dinge bei Imbusch. Der Vergarbeiterführer Imbusch hat vom ersten Tage ihres Bestehens an die gegenwärtige Koalition bekämpft. Insofern können also die Differenzen innerhalb des Zentrums vorläufig noch nicht als beigelegt betrachtet werden. Imbusch kommt erst am Freitag nach Berlin zurück, und es werden dann auch mit ihm die Verhandlungen aufgenommen. Es wird vielfach der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Aktion Imbuschs und seiner Freunde dahin zielt, daß im nächsten Maße Arbeitervertreter bei den nächsten Reichstagswahlen an sicherer Stelle aufgestellt würden.

Das japanische Außenministerium

W.B. Tokio, 23. Jan. (Tel.) Wie verlautet, beabsichtigt der Ministerpräsident und Außenminister, Baron Tanaka, wegen Arbeitsüberlastung das Außenministerium abzugeben. Für die Übernahme dieses Ministeriums soll der Großindustrielle Kubota in Betracht kommen, dessen kürzlich erfolgter Besuch in Europa auch der Vorbereitung auf diesen Posten gegolten haben soll.

Ein Belastungszwischenfall in Baden. Die belgische Besatzungsbehörde in Baden hat die Schließung des Hotels „Der Jahreszeiten“ verfügt. Das unter Leitung eines Rumänen stehende Orchester hatte in vorgerückter Stunde zwei französische Märsche gespielt, dann die niederländische Nationalhymne und als Schluß das Lied „So singt man am Rhein“, das mit dem Deutschlandlied endete. Das Publikum sang mit und erhob sich von den Säulen mit Ausnahme der belgischen Offiziere, die auch nicht dazu aufgefordert wurden. Die Offiziere befanden sich in der ersten Reihe und blieben weiterhin in dem Lokal. Man vermutet, daß die belgische Besatzungsbehörde über den wahren Vorgang nicht unterrichtet ist.

Der Vorkämpfer des Panamakanals. Generalmajor Gorchals, der im Jahre 1904 den Bau des Panamakanals leitete und vollendete, ist in New York gestorben.

Badisches Landestheater

Kilian oder: Die gelbe Rose

„Echte Humoristen sind immer verkappte Tragiker“. Das Wort beweist sich zwar eigentlich nur an den Größten wie Shakespeare oder Molière, man darf es aber auch im Falle Paul Kornfeld anwenden, der in seinem neuen Lustspiel „Kilian oder: Die gelbe Rose“ es auf seine Art wahr zu machen sucht. Der böhmische Dichter begann ja außerdem selbst seine dramatische Laufbahn mit Tragödien; erst in den letzten Jahren hat er sich dem Komödientil zugewandt, mit dem Geist einer heiteren Resignation habe er, so liest man im Programm, von den stolzen, himmelstürmenden Jugendträumen Abschied genommen, auf daß er jetzt um so wehmütig-humorvoller lächeln und unfer schnurriges Dasein einer schmunzelnden Betrachtung unterziehen könne.

Es ist freilich noch ein kleiner Unterschied zwischen einem Molière und wie „les Précieuses ridicules“ und dem Kilianlustspiel, das eine moderne Variation des gleichen Motives darstellt. Dort erreicht der Dichter seine im Grund tragische Absicht ohne jede Abtreibung, und keine Szene sprengt den Rahmen einer köstlichen Zeitsatire, hier jedoch schwankt der Boden des Lustspielmäßigen nicht etwa deshalb bedenklich unter den Füßen, weil es im zweiten Akt ein hübscher Regierereinfall so will, sondern weil der Verfasser im heißen Bemühen, seine Menschen lächerlich zu machen, den Fäden der Handlung zusehends aus den Fingern gleiten läßt und an den Brennpunkten schließlich ein ganz unwahrscheinliches Spiel bietet. Dabei fängt der erste Akt immerhin recht geschickt an und bringt im knappen Ulrich charakteristische Repräsentanten jener Unbefriedigten, deren unausgelebte Leidenschaften sich in gebildetem Salongeschwätz Luft machen. Bühnenwirksam aufgebaut ist auch, wie der schlichte Zuschneidermeister Kilian sich im Kreise dieser seltsich so verschieden gearteter Hysteriker zum erwarteten Propheeten und gefeierten Philosophen aufschwängen kann. Man freut sich noch zu Anfang des zweiten Aktes mit ihm, wenn er die Rolle in der Verwechslungskomödie munter fortsetzt und am Spiritistisch mit seinem gefunden Normalverstand letzte Probleme löst, deren Ergebnis mit der gelehrten Bühnenweisheit darin übereinstimmt, daß vor den ewigen Dingen der Karr und der Weise gleich hilflose Schwächer sind. Bis dahin läuft in dieser Atmosphäre voll Annatur eine Nebenhandlung, die einem jungen Liebespaar

und dem sentimentalsten Symbol ihrer Liebe, einer gelbameinen Rose, gehört, ganz folgerichtig auf die natürliche Beziehung von Mensch zu Mensch hinaus. Doch diese Gegenstände bleiben, der dritte Akt bringt nicht einmal den erhofften lustigen Kompromiß, dafür aber endlose Diskussionen. Es fehlt die richtige Pointe, denn daß der über dünne Puppen triumphierende Kilian schließlich wieder bescheiden beiseitetritt, reicht nicht aus, um dem im ganzen also doch fernlosen und bei allem sprachlichen Reiz schwächlichen Stück einen glaubhaften Theaterschluss zu geben. Noch weniger ist der Lebensbund zwischen Erila und Manil das verjöhlich stimmende Ende. Dafür war denn doch der Stoff allzusehr mit weltanschaulichen Dingen belastet. Vielleicht kann deswegen Paul Kornfeld überhaupt den Weg zum eigentlichen Lustspiel nicht finden und muß, anstatt mit den leichten und immer blühenden Farben der echten Komödie zu malen, mit der so papiernen, arg banalen Wendung schließen: „Wenn wir wählen müßten, wir wählen eher Natur ohne Geist als Geist ohne Natur.“

Die Erstaufführung am badischen Landestheater unter der Spielleitung von Felix Raumbach kann im ganzen der perfizierenden Wirkung des Stückes recht nahe. Die oft nur angedeuteten Szenen Lorenz Dacht's, die an ein ulkiges Stützenstück oder an gewisse Zeichnungen unserer Expressionisten erinnert, ist nach dieser Richtung ein übriges, und stütze die Tendenz trefflich. Paul Müller spielte den Kilian in Sprache und Haltung sehr eindringlich, in der äußeren Wirkung allerdings so, daß die Gestalt stets ein kleines Schrittmännchen von der Tragik des Komischen entfernt blieb. In unschwerfälliger, teils grotesk, teils förmlich anzusehen, als leblose, aber unwiderstehlich typische Gesichter Hermine Jiesler und Melanie Ermarth, Friedrich Brüder, Hermann Braun, Ulrich von der Trend und Eugen Schulz-Weiden. Weniger pompös und auch ohne übertriebene Effekte des Übermenschen hatten Elisabeth Bertram und Stefan Dahlen, Hugo Höder und Otto Kienrich aufzutreten. Das Publikum dankte für die Beire, die trotz allen Einwänden die Hofe des Stückes mit auf den Weg gibt, durch freundlichen Beifall, nach dem verfehlten Schluss schien allerdings der Applaus schon erheblich dünner.

Gerhart Hauptmann hat sich auf Ersuchen bereit erklärt, Mitglied der Sektion für Dichtkunst zu werden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Dienstag, 24. Januar, vorm. 9 Uhr

Die Tagesordnung lautet:

I. Mitteilung der Eingänge.

II. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abgeordneten

1. Kühn u. Gen., Ferngasversorgung (Druckf. Nr. 23),

2. von Au u. Gen., Forderung der Wohnungszwangswirtschaft (Druckf. Nr. 31),

3. Freidhof u. Gen., Grund- und Hausbesitzerverein Mannheim (Druckf. Nr. 39).

III. Abstimmung über die Anträge der Abg. Bod u. Gen. und Obkircher u. Gen., Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten in Freiburg und Heidelberg (Druckf. Nr. 36 a und b).

IV. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über

a) die Gesetzentwürfe

1. zur Änderung des Gesetzes über die Einführung der Reichsjustizgesetze in Baden (Druckf. Nr. 41, 41 a, c) und damit in Verbindung

den Antrag der Abg. Dr. Wollhard u. Gen., zu dem Gesetzentwurf (Druckf. Nr. 41 b),

2. über die Ermächtigung von Mitgliedern oder Beamten der Jugendämter zur Aufnahme vollstretbarer Verpflichtungserklärungen zum Unterhalt unehelicher Kinder (Druckf. Nr. 42 und 42 a),

3. Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann

b) die Anträge der Abgeordneten

1. Veschleiter u. Gen., Mieterschutz (Druckf. Nr. 9 und 9 a) und damit in Verbindung

das Gesetz des Mieterschutzvereins Freiburg, Aufrechterhaltung der Mieterschutzgesetze,

2. Kühn u. Gen., Vertretung von Versorgungsanwärtern im Reichs-, Staats- und Gemeinbedienst (Druckf. Nr. 22, 22 a, b),

3. Berichterstatter Abg. Dr. Schmitthenner,

c) die Gesetze

1. des Bad. Gastwirteverbandes, Konzeptionswesen, Berichterstatter Abg. Kühn,

2. des Bad. Bäckerinnungsverbandes, Arbeitsbeginn der Bäckerinnen

und

des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes, Sitz Hamburg, Verbot der Nacht- u. Sonntagsarbeit, Berufsausbildung und Unfallverhütung, Berichterstatter Abg. Marloff

und damit in Verbindung

die Anträge der Abg. Reinhold u. Gen. und Bod u. Gen. dazu.

V. Mündlicher Bericht des Ausschusses für Gesetze und Beschwerden.

Ein Volkstrauertag in Baden

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei und die Bürgerliche Vereinigung unterbreiten dem Badischen Landtag am 20. Januar folgenden Antrag: Der Landtag wolle die Regierung ersuchen, bis zur reichsgesetzlichen Regelung im Lande Baden den Tag, der als Volkstrauertag für die Gefallenen gefeiert wird, im Sinne des § 1 der landesherrlichen Verordnung vom 18. Juni 1892 und 17. Januar 1923 als einen gebotenen Feiertag zu erklären, an dem entsprechend des § 7 der Verordnung alle Veranstaltungen nicht ersten Grades verboten sind.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in Mannheim

Mannheim, 22. Jan. Im Rahmen einer Vertretertagung der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, sprach heute Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über die wichtigsten Probleme der Innenpolitik, insbesondere der Wirtschaft. Zu der Länderkonferenz sagte er, daß das Ergebnis günstiger sei, als es allgemein von Presse und Öffentlichkeit angenommen worden sei. Bei Besprechung der Reparationsfrage und der Frage einer Revision des Dawesplanes betonte er, daß der Transferzuschuß für Deutschland ein Palladium sei, das wir nicht leichtfertig aus der Hand geben dürften. In der Höhe der Auslandsanleihen sehe er keine Gefahr für die Lösung der Reparationsfrage. Die deutsche Ausfuhr sei in den letzten drei Jahren ständig gewachsen, allerdings erst bis zu 80 Proz. der Friedensausfuhr.

In vertraulichen Ausführungen behandelte Redner politische Fragen und schloß mit der Aufforderung, bei den kommenden Wahlen die etwa im Mai zu erwartenden Wahlen für die Politik der Deutschen Volkspartei einzutreten, die sich nach innen und außen zweifellos bewährt habe. Die Partei werde sich hinsichtlich der Wahlen in keiner Beziehung binden.

Badische Ferngasversorgung

Die drei badischen Kommunalgasverbände, nämlich der badische Städteverband, der badische Städtebund und der Verband badischer Gemeinden haben eine Studienkommission zur Prüfung der Ferngasversorgung in Baden gebildet. Es wird darauf hingewiesen, eine badische Ferngasversorgungsgesellschaft zu bilden, der alle am Ferngasbezug interessierten Städte und Gemeinden angehören (und das werden in Baden sehr viele heute noch keine, eigenes Gaswerk betreibende Gemeinden sein) und die sämtliche Fernleitungen in eigenem Besitz haben muß. Eine ähnliche Regelung ist bereits in Oesterreich getroffen. Auf diese Weise ist die Möglichkeit gegeben, das Gas von einigen leistungsstarken Gaswerken so lange zu beziehen, als nicht günstigere Bezugsmöglichkeiten etwa durch eine von der Gesellschaft zu errichtende Fabrik oder durch die Ruhrfernversorgung gegeben sind. Durch die Tatsache der Beteiligung sämtlicher gasbeziehenden möglichst zu einzelnen Zweckverbänden zusammengeschlossenen Gemeinden an der badischen Ferngasversorgungsgesellschaft sind auch für die kleineren und mittleren Gemeinden die Vorteile billigen Gasbezuges und angemessener Gewinnanteile gesichert. Der Badische Landtag wird sich in der nächsten Woche mit dieser Sache beschäftigen, da hierzu mehrere Anträge vorliegen.

Gemeinde-Rundschauf

Eingemeindung in Karlsruhe. Wie der „Volkstreu“ hört, schweben gegenwärtig Verhandlungen mit der Gemeinde Sulach wegen deren Eingemeindung mit der Stadt Karlsruhe. Man hoffe, die Angelegenheit bis zum 1. April zum Abschluß zu bringen.

Aus dem Stadtrat Offenburg. Da offensichtlich noch großer Mangel an Behelfswohnungen für zwangsgeräumte Mieter vorhanden ist, hat der Stadtrat Offenburg beschlossen, einen weiteren Wohnblock mit 6 Wohnungen und einem Aufwand von 27 000 M. zur Ausführung zu bringen. Auch in diesem Jahre wird wieder eine Herbstmesse stattfinden. Der Stadtrat hat ferner die Neuanlage eines Friedhofes beschlossen, ferner soll wiederum der Weinmarkt stattfinden, der 50.

Berlins Milliardenhaushalt. In einer Vorlage an die Berliner Stadtverordnetenversammlung stellt der Magistrat die Einnahmen und Ausgaben des neuen Haushaltes fest. Während im Vorjahre 979,7 Millionen Reichsmark auf beiden Seiten ausgeglichen wurden, übersteigt im Jahre 1928 der Haushalt bei weitem eine Milliarde. In den Ausgaben werden 1 178 810 550 M., in der Einnahme 1 124 043 260 M. festgesetzt. Es erscheinen für Eingänge die bereits mitgeteilten 50 Millionen Reichsmark Defizit. Schon jetzt wird angekündigt, daß im kommenden Jahre größere Anleihen aufgenommen werden müssen.

Aus der Landeshauptstadt

Beeridigung des Landtagsdieners Gurt. Am Samstag nachmittag begab sich unter Führung des Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner eine Anzahl Abgeordnete nach Wörschbach bei Bergshausen, um der Beeridigung des Kanzleiaspiranten Franz Gurt, welcher 40 Jahre als Amtsgeselle im Landtag tätig war, anzuwohnen. Bei Wind und Wetter ist Gurt volle 40 Jahre von Wörschbach nach der Bahnstation Bergshausen (eine Wegstrecke von 40 Minuten) gelaufen, um von da nach Karlsruhe zu fahren. Am 1. Febr. d. J. sollte er, weil über 65 Jahre, pensioniert werden; 14 Tage vorher erlag er einer Operation, die wegen Magenlebens ausgeführt werden mußte. Tragisches Schicksal! Am Grabe und am Hause sang der Gesangverein Wörschbach; nach der Einsegnung durch den katholischen Geistlichen dankte der Landtagspräsident Dr. Baumgartner dem Verschiedenen für die vielen Dienste, die er den Abgeordneten und auch dem Landtag seit der langen Zeit geleistet hatte, seine Arbeitsfreudigkeit und seine Dienstbereitschaft besonders hervorhebend. Er legte einen prächtigen Kranz mit entsprechender Widmung am Grabe nieder. Weitere Kränze wurden niedergelegt durch den Landtagsstenographen Seiberlich unter kurzer Ansprache, für die Deutsche Volkspartei durch den Abg. Brigner, für die Sozialdemokratie durch den Abg. Kurz. Eine zahlreiche Trauergemeinde gab dem mittermüden Gurt das letzte Geleit.

Neue Karlsruhe Werbemaßnahmen. Der Verkehrsverein Karlsruhe hat für sich eine Neuauflage des Plakats der Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung herstellen lassen, die jetzt zum Versand kommt. Das Plakat zeigt den Mittelbau des Rathauses, vom Portal der evangelischen Stadtkirche aus gesehen. — Das Werbematerial für Karlsruhe wird aus dem ganzen Reich fortlaufend so stark angefordert, daß der Verkehrsverein schon wieder die Neuauflage seines kleinen Führers im Kupferstichdruck vorbereitet. — Für das nächste Jahr wird ein ganz neues Plakat von Karlsruhe herauskommen, das seine Lage an Schwarzwald und Rhein in klarer Form zeigt.

Abschluß der Tagung der badischen Polizeibeamten. Im Vordergrund der Nachmittagsverhandlungen am Sonntag standen die Wahlen des geschäftsführenden Vorstandes, der sachgemäß aus 6 Mitgliedern besteht. Einmütig und unter lebhaftem Beifall wurde Schwarzwalder, Mannheim, zum 1. Vorsitzenden, Heibelberg, zum 2. Vorsitzenden gewählt. Als Kassierer wurden die Kollegen Mathes, Mannheim (1.), und Furer, Karlsruhe (2.), als Schriftführer Kühn, Mannheim (1.), und Faschian, Karlsruhe (2.) bestellt. Der neugegründete Einheitsverband zählt rund 3800 Mitglieder. Die im Verlaufe der Tagung wiederholt erwähnte Denkschrift zur Befolgsordnung soll auch an den Landtag gerichtet werden.

Die französische Rettungsmedaille für zwei Karlsruhe. Im vorigen Sommer hatten sich auf der Isle d'Oron an der französischen Westküste ein Mann und eine Frau trotz Warnung bei starkem Sturm beim Baden zu weit hinausgewagt. Sie kamen in Lebensgefahr und wurden durch die Karlsruhe'r Artin, Frau Dr. Ruth Schab-Wios, und ihren Bruder Peter Wios, die sich an der betreffenden Stelle an der Küste ausstießen, ans Ufer gerettet. Die bereits bewußtlose Frau wurde von der Artin wieder ins Leben zurückgerufen. Die beiden Retter haben von der französischen Republik jezt die Rettungsmedaille erhalten.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Durchzug einer Dürstlinie brachte uns gestern nachmittag und nachts zunehmende Bewölkung und leichte Niederschläge (Gebirge 2-5 Zentimeter Neuschnee). Ein zirkuläres Hoch über Nordosteuropa erkennbarer Hochdruckwall hindert die atlantische Zirkulation am Übergreifen auf das Festland. Das antizyklonale Wetter wird daher voraussichtlich fortauern. Ausfichten für 24. Januar: Fortdauer des bestehenden trockenen Wetters mit Frost im Gebirge und Nachfrösten in den tiefen Lagen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 21. Jan. Die „Mannheimer Arbeiterzeitung“ veröffentlichte einen Artikel, worin dem Rektor der hiesigen Fortbildungsschule, Oberlehrer Peter Bender, ungerechte und unmenschliche Behandlung, unerlaubte Bückigung seiner Schüler zum Vorwurf gemacht und u. a. behauptet wird, zwei Schüler seien deswegen in den Tod gegangen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten verantwortlichen Redakteur Stephan Heymann eine Geldstrafe von 1000 Reichsmark. Das Gericht verurteilte ihn zu 800 Reichsmark Geldstrafe.

D. Forstheim, 21. Jan. Das benachbarte Dorf Niefem wurde heute morgen durch Feueralarm erschreckt. In der vollgefüllten Scheune des Landwirts Karl Wilhelm am Ortseingang war Feuer ausgebrochen, das sich schnell ausbreitete und in kurzer Zeit auf das Wohnhaus übergriff, dessen Bewohner nur mit Mühe das nackte Leben retten konnten. Außer Pferden und Vieh wurden die gesamten Fährnisse ein Raub der Flammen, während man aus dem ersten Stockwerk das Mobiliar größtenteils retten konnte. Das verheerende Element sprang aber auch auf die angebaute Scheune des Landwirts Adolf Bräuner über, legte diese in Asche und zerstörte ferner das Wohnhaus bis auf die Umfassungsmauern. Schließlich wurde noch das schon geräumte Anwesen des Jakob Wallinger ein Raub der Flammen. Der Gebäudeschaden wird auf etwa 50 000 M. geschätzt.

D. Säckingen, 20. Jan. Altbürgermeister Brombach, der 12 Jahre hindurch Oberhaupt der Stadt Säckingen war (1883 bis 1895), begehrt dieser Tage sein 75. Wiegenfest. Unter seiner Amtstätigkeit wurde die heutige solide Rheinmauer geschaffen und die ständigen Hochwassergefahren dadurch beseitigt. Zu seinen Werken gehört auch der Ausbau des Stadteills Hof, der Schützenstraße, der Neubau des Amtsgerichtes und des Finanzamtes usw. Nach der Anstellung eines Verfassungsbürgermeisters war Altbürgermeister Brombach noch 14 Jahre Geschäftsführer der „Badischen Landeszeitung“ in Karlsruhe. Nach deren Auflösung zog er sich nach Säckingen zurück.

ib. Singen a. S., 21. Jan. Bei der jüngst in der „Azone“ in Volkertshausen stattgehabten **Solzwasserfeier** des gräflichen Douglas'schen Forstamtes verpörrte man von einem Geldmangel und von der Not der Zeit nicht viel. Preise bis zu 20 M. per Eter wurden von Leuten, die glaubten, zu kurz zu kommen, bezahlt. Erst als diese Heißsporne verjagt waren, ließen die Preise wieder nach.

Verschiedenes

Die Wetterlage in Deutschland

M. W. Berlin, 23. Jan. (Tel.) Über Deutschland herrschen zur Zeit ganz eigenartige Wetterverhältnisse. Während in Ost- und Nordostdeutschland Temperaturen bis zu 10 Grad Rälte gemessen werden und teilweise starke Schneefälle eingetreten sind, mißt man in West- und Südwestdeutschland Temperaturen bis zu 6 Grad Wärme bei trübem, regnerischem Wetter. Die Frostgrenze zieht sich ungefähr längs der Elbe hin. Das Thermometer in den Außenbezirken Berlins war in der vergangenen Nacht bis auf 4 1/2 Grad unter Null gesunken. Auch in der Innenstadt herrschten bis zu 3 1/2 Grad Rälte. In den Vormittagsstunden stieg die Temperatur nur wenig. Am 12 Uhr mittags wurden noch immer minus 3 Grad gemessen. Angezichts der außergewöhnlich eigenartigen Luftdruckverhältnisse über Deutschland nimmt man an wettlerluidiger Stelle an, daß zunächst keine Änderung des Wetters eintreten wird.

Handel und Wirtschaft

Berliner Fevisnotenierungen

	23. Jan.	21. Jan.		
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	169.19	169.53	169.16	169.50
Kopenhagen 100 Kr.	112.28	112.50	112.29	112.51
Italien . . . 100 L.	22.185	22.225	22.18	22.22
London . . . 1 Pf.	20.437	20.477	20.432	20.472
New York . . 1 D.	4.1935	4.1905	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.47	16.51
Schweiz . . . 100 Fr.	80.74	80.90	80.755	80.915
Wien 100 Schilling	59.08	59.20	59.071	59.195
Prag . . . 100 Kr.	12.427	12.447	12.427	12.447

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 18. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes war mit 188,8 gegenüber der Vorwoche (189,0) nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 0,9 Proz. auf 182,1 (Vorwoche 183,3) zurückgegangen. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren hat um 0,2 auf 184,6 (184,3) und diejenige der industriellen Fertigenwaren um 0,3 auf 186,8 (186,5) angezogen.

Frankzösische Vergünstigung für auf dem Rhein beförderte Waren. Unter gewissen Voraussetzungen hat bekanntlich die französische Zollverwaltung für die auf dem Rhein beförderten und in Mannheim eingelagerten Waren, die nach Straßburg bestimmt sind und die in Mannheim wegen zu niedrigen Wasserstandes usw. eingelagert werden, die Vergünstigungen des direkten Transportes zugestanden. Damit ist die Einfuhr in das französische Zollgebiet nach Zwischenlagerung oder Umschlag in Mannheim unter Befreiung von der „surtaxe d'entrepöt“ oder der „surtaxe d'origine“ möglich geworden. Die Industrie- und Handelskammer Ludwigschafen erstrebt, die gleiche Vergünstigung auch für den Ludwigschafener Hafen zu erreichen.

Staatsanzeiger

An die Gemeinden, Kreise, Stiftungen, Sparkassen und ihre Aufsichtsbehörden:

Durch das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 22. Dezember 1927 — Reichsgesetzblatt, Teil I, Seite 485 — ist für den Arbeitslohn, der für eine nach dem 31. Dezember 1927 erfolgende Dienstleistung gewährt wird, eine weitere Senkung der Lohnsteuer eingeteten.

Das Nähere ist ersichtlich aus dem Erlass des Reichsfinanzministers vom 19. Dezember 1927 III e 5600 abgedruckt in Nr. 20 des Reichsbesolungsblattes vom 24. Dezember 1927 Seite 208.

Karlsruhe, den 20. Januar 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Höhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Jurubefetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Bezirksassistentenarzt Dr. Karl Emil Wühe in Neßkirch zum Veterinärarzt als Bezirksleiter in Mannheim, Kriminalsekretär Wilhelm Kumpf in Karlsruhe zum Kriminalkommissär.

Planmäßig ange stellt:

Verwaltungspraktikant Wilhelm Franz beim Bezirksamt Donaueschingen als Verwaltungsobersekretär.

Verteilt:

Verwaltungsinspektor Otto Ganner beim Bezirksamt Karlsruhe zur Heil- und Pflegeanstalt Mlenau, Verwaltungsinspektor Karl Lang beim Bezirksamt Mannheim zur Polizeidirektion Baden-Baden, Verwaltungsobersekretär Karl Gartner beim Bezirksamt Freiburg zur Heil- und Pflegeanstalt bei Konstantz.

In den Ruhestand tritt kraft Gesetzes:

Oberpflegerin Ernestine Mittel an der Heil- und Pflegeanstalt Mlenau.

Justizministerium

Ernannt:

Erster Staatsanwalt Dr. Heinrich Bammesberger in Heidelberg zum Landgerichtsrat daselbst, Anstaltshauptlehrer Hugo Joseph Wollfarth am Landesgefängnis Freiburg zum Anstaltsoberlehrer; die Justizpraktikanten Willibald Mah beim Amtsgericht Wiesloch, Emil Dorch beim Amtsgericht Forstheim, Erwin Mühl und Justizassistent Karl Leonhardt beim Amtsgericht Mannheim zu Justizobersekretären; Kanzleiasistent Johann Barisch beim Notariat Schönau zum Justizassistent; Kanzleigehilfin Margarete Weiram beim Amtsgericht Karlsruhe zur Kanzlistin.

Verteilt:

Oberwachmeister Josef Seithel beim Amtsgericht Mannheim zum Landgericht Karlsruhe.

Zurubefetzt auf Antrag:

Kanzleisekretär Viktor Stenzel beim Notariat Staufen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes

auf 1. Mai 1928 Inspektor Friedrich Kasper bei den Strafankalten in Bruchsal.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Verteilt:

Dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Karl Hegler die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Gefördert:

Fortbildungsschulhauptlehrer Josef Schäfer in Freiburg im Breisgau.

Kanzleiasistentin Theresia Feis beim Notariat Waldshut.



Eröffnung von Kontokorrentkonten mit und ohne Kreditgewährung

Rheinische Creditbank * Filiale Karlsruhe

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden-Baden. M.379
Handelsregister eintrag
A Bd. I D.-Z. 231 —
Firma Gebrüder Mop-
pert, Baden —: Die Fir-
ma ist erloschen.
Baden-Baden, den
10. Januar 1928.
Die Geschäftsstelle des
Amtsgerichts.

Baden-Baden. M.380
Handelsregister eintrag
A Bd. II D.-Z. 398 zur
Firma Paul Fleischhauer
in Baden: Der Ehefrau
des Firmeninhabers Ge-
lene Fleischhauer, geb.
Waf, ist Procura erteilt.
Baden-Baden, den
12. Januar 1928.
Die Geschäftsstelle des
Amtsgerichts.

Baden-Baden. M.381
Handelsregister eintrag
A Bd. III D.-Z. 97:
Firma Edith von Schen-
del, Sitz: Baden-Baden.
Inhaberin: Edith von
Schen-
del.
Baden-Baden,
den 5. Januar 1928.
Bad. Amtsgericht
(Geschäftsstelle).

Breisach. M.371
Die im Handelsregister
A unter D.-Z. 182 einge-
tragene Firma Robert
Laudolt, Breisach, ist er-
loschen.
Amtsgericht Breisach,
9. Januar 1928.

Bretten. M.305
Handelsregister eintrag A
Bd. I D.-Z. 122, Firma
Gebr. Betsche & Cie.,
Bretten: Die Procura des
Adolf Betsche ist erloschen.
Johann Christian Betsche
ist aus der Gesellschaft
ausgeschieden. An seiner
Stelle ist Ziegeleibesitzer
Adolf Betsche in Bretten
in die Gesellschaft als per-
sönlich haftender Gesell-
schafter eingetreten.
Bretten, 4. 1. 1928.
Amtsgericht.

Bretten. M.369
Handelsregister eintrag A
Bd. I D.-Z. 204: Die Fir-
ma August Wamstauer, Sit-
zungen, ist erloschen.
Bretten, 4. Jan. 1928.
Amtsgericht.

Engen. M.366
Eintrag zum Handels-
register A bei D.-Z.
178 — Versandgeschäft
Gebr. & Co., Komman-
ditgesellschaft in Engen —:
Die Gesellschaft ist aufge-
hört, die Firma erloschen.
Engen, 4. Jan. 1928.
Amtsgericht.

Engen. M.372
Eintrag zum Handels-
register A bei D.-Z.
2 — Firma Johann Ne-
dowal Niff, Kaufmanns-
witwe, gemischtes Waren-
geschäft in Mödingen,
Baden —: Das Geschäft
ist durch Pacht auf Karl
Duttlinger, Kaufmann in
Mödingen übergegangen,
der dasselbe mit Zustim-
mung der seitherigen In-
haberin unter der Firma
„J. N. Niff, gemischtes
Warengeschäft, Nachfolger
Karl Duttlinger“ weiter-
führt.
Engen, 11. Jan. 1928.
Amtsgericht.

Engen. M.370
Eintrag zum Handels-
register A bei D.-Z.
164 — Oberbadische Filz-
fabrik Sülzingen Rieble
und Schulz in Sülz-
ingen —: Die Firma ist ge-
ändert in „Oberbadische
Filzfabrik Max Rieble“,
Sülzingen.
Engen, 11. Jan. 1928.
Amtsgericht.

Freiburg, Breisgau M.361
Handelsregister Freiburg.
A Bd. IX D.-Z. 17:
Firma Bettenhaus Leo

Wolf, Freiburg, ist erlo-
schen. Am 31. Dez. 1927.
A Bd. VI D.-Z. 126:
Die offene Handelsgesell-
schaft Mayer, Bauer & Cie.
in Freiburg ist aufgelöst,
die Firma erloschen. Am
8. Jan. 1928.
A Bd. IX D.-Z. 324:
G. Verberich u. Söhne,
Freiburg. Gesellschafter
der am 1. Januar 1928
begonnenen offenen Han-
delsgesellschaft sind Gustav
Verberich und Walter
Verberich, Kaufleute in
Freiburg, und Hermann
Verberich, Kaufmann in
Mannheim. Am 4. Jan.
1928.

A Bd. VI D.-Z. 142:
Firma August Fohr, Frei-
burg: Procura des Axel
Robert Kämpfe ist erloschen
Am 5. Jan. 1928.
A Bd. I D.-Z. 181: Fir-
ma Mez u. Söhne in Frei-
burg: Herbert und Alfred
Müller, beide Kaufleute
in Freiburg, haben Ge-
samiprotura; beide zeich-
nen gemeinschaftlich. Am
7. Jan. 1928.

A Bd. VIII D.-Z. 380:
Firma Josef Schöndienst,
Freiburg, ist erloschen. Am
7. Jan. 1928.
A Bd. IV D.-Z. 146:
Firma Freiburger Fir-
menhilber- und Grab-
platten-Fabrik Hermann
Heim, Freiburg, ist, weil
Handwerksbetrieb, gelöst
worden. Am 9. Jan. 1928.
A Bd. IX D.-Z. 326:
Firma Bertold Rachmann,
Freiburg. Inhaber ist
Bertold Rachmann, Kauf-
mann, Freiburg. (Ge-
schäftszweig: Eisen, Me-
talle, Rohprodukte, Lager-
hausstr. 14.) Am 9. Jan.
1928.

A Bd. IX D.-Z. 327:
Welscher u. Schöndienst,
Freiburg. Gesellschafter
der am 1. Januar 1928
begonnenen offenen Han-
delsgesellschaft sind Karl
Wilhelm Welscher, Kauf-
mann in Mautenloch und
Josef Schöndienst, Kauf-
mann in Freiburg. Am
9. Jan. 1928.
A Bd. IX D.-Z. 31:
Firma Hermann Weis,
Generalvertretungen und
Warenagenturen, Frei-
burg, ist erloschen. Am
9. Jan. 1928.

B Bd. VI D.-Z. 4:
Deutsche Acetat-Anstalt
„Rhodiaseta“, mit dem Sitz
in Freiburg: Direktor Dr.
Gans Altwaga, z. Bt. in
Ehon, und Direktor Dr.
Friedrich Arthur Freund,
z. Bt. in Berlin, sind wei-
tere Vorstandsmitglieder.
Oberingenieur Emil Op-
berbeck, z. Bt. in Selsen-
kirchen, hat Gesamiprotu-
ra. Am 6. Jan. 1928.
A Bd. I D.-Z. 58, Süd-
deutsche Disconto-Gesell-
schaft, Aktiengesellschaft,
Filiale Freiburg: Dr. Sta-
nislaus Sühmann ist nicht
mehr stellvertretendes Vor-
standsmitglied. Die Pro-
cura des Adolf Weiler ist
erloschen. Am 10. Jan.
1928.

B Bd. V D.-Z. 89: Fir-
ma G. Schloffer, Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung in Freiburg, ist
durch Gesellschafterbeschlus
vom 10. Januar 1928 auf-
gelöst. Der bisherige Ge-
schäftsführer Erich Schlof-
fer ist Liquidator. Am
10. Jan. 1928.

Freiburg. M.364
Handelsregister A Band
V D.-Z. 227, Band III
D.-Z. 211, Band VI D.-
Z. 81: Die Firmen Wil-
helm Schindler in Heidel-
berg, J. Schweidardt
Schöne in Heidelberg, Hein-
rich Messerschmidt in St.
Algen sind erloschen.

Band I D.-Z. 102 zur
Firma Carl Bollmond in
Heidelberg: Die Procura
der Lina Bollmond ist er-
loschen. Der Kaufmann
Karl Robert Bollmond
Ehefrau, Elisabeth geb.
Roth, in Heidelberg ist
Procura erteilt.

Band VI D.-Z. 141:
Firma Theodor Hoff in
Heidelberg, Inhaber Kauf-
mann Theodor Hoff, da-
selbst.
A Bd. II D.-Z. 2
zur Firma Süddeutsche
Disconto-Gesellschaft Akti-
engesellschaft Filiale
Heidelberg in Heidelberg:
Dr. Stanislaus Sühmann
ist nicht mehr stellvertre-
tendes Vorstandsmitglied.
D.-Z. 79 zur Firma
Elektron Franz & Gerbert
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Heidelberg:
Johann Franz ist als Ge-
schäftsführer ausgeschieden
Heidelberg, 10. Jan. 1928.
Amtsgericht, B. 2.

Karlsruhe. M.540
Handelsregister einträge.
1. Hermann & Co.,
Karlsruhe. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Der
bisherige Gesellschafter
Fritz Schilling ist alleiniger
Inhaber der Firma.
9. 1. 1928.
2. F. & W. Maier, Karls-
ruhe. Die Firma ist er-
loschen. 12. 1. 1928.

3. Arno Joffe, Karls-
ruhe. Einzelkaufmann:
Arno Joffe, Kaufmann,
Karlsruhe. (Herstellung
und Vertrieb von Metall-
waren. Offenweinstr. 6.)
14. 1. 1928.
4. J. Birnbaum & Cie.,
Karlsruhe. Offene Han-
delsgesellschaft mit Be-
ginn am 1. Januar 1928.
Persönlich haftende Gesell-
schafter: Max Birnbaum,
Leo Scharf, Anton Söhn,
Kaufleute in Karlsruhe.
Je zwei der Gesellschafter
vertreten die Gesellschaft
gemeinsam. (Textilwaren-
handlung, Durlacherstraße
63.) 14. 1. 1928.
Bad. Amtsgericht B. II.

Karlsruhe. M.341
Handelsregister einträge.
1. Mensinger Fendel,
Transportgesellschaft mit
beschränkter Haftung in
Karlsruhe. Dem Kauf-
mann Karl Kistner,
Karlsruhe, ist Kollektiv-
procura erteilt. Er ver-
tritt gemeinschaftlich mit
einem andern Prokuristen.
9. 1. 1928.

2. „Pöding“, Kohlen-
handelsgesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Karls-
ruhe. In Mannheim ist
eine Zweigniederlassung
errichtet. Der Betrieb
von Brennstoffen im
Großhandel, vornehmlich
von solchen der Zechen,
Kokereien und Bricket-
fabriken des „Pöding“,
Erwerb und Beteiligung
an ähnlichen Unterneh-
mungen, insbesondere
Platzgeschäften, und die
Vornahme aller hiermit
im Zusammenhang stehen-
den Rechtsgeschäfte.
Stammkapital 10 000 M.
Leinberg, Kaufmann in
Köln-Braunsfeld. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist am
8. Januar 1924 errichtet,
am 29. 7. 1925 (Stamm-
kapital und Geschäftsanteile)
und am 20. 10. 1927
(Sicherlegung von Köln
nach Karlsruhe) geändert.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so erfolgt
die Vertretung durch zwei
Geschäftsführer. Die Ge-
sellschaft läuft zunächst bis
zum 30. Juni 1940. Er-
folgt keine Kündigung, so
verlängert sich der Gesell-

schaftsvertrag jeweils um
ein Jahr. 11. 1. 1928.

3. Die Firma der Zweig-
niederlassung lautet jetzt
„Mann und Stuttgarter
Verein Versicherungs-Akti-
en-Gesellschaft, Zweig-
niederlassung Karlsruhe“.
Gegenstand des Unterneh-
mens ist jetzt der unmittel-
bare Betrieb aller Versiche-
rungszweige mit Aus-
nahme der Lebensversiche-
rung und die Rückversiche-
rung in allen Versiche-
rungszweigen. Die Ge-
neralversammlung vom
11. November 1927 hat die
Erhöhung des Grundkapi-
tals um 18 337 500 M
durch Ausgabe von neuen
61 125 Stück auf den Na-
men lautenden Aktien im
Nennbetrag von je 300 M,
welche als Gegenleistung
für die Übertragung des
Vermögens der Gesell-
schaft Stuttgarter Verein
Versicherungs-Aktiengesellschaft
in Stuttgart, Stuttgart-
Berliner-Versiche-
rungs-Aktiengesellschaft,
Stuttgart, und
Brandenburger Spiegel-
glas-Versicherungs-Aktiengesellschaft,
Berlin, ver-
wendet werden sollen und
um weitere 11 682 500 M
durch Ausgabe von neuen
38 875 Stück auf den Na-
men lautenden Aktien im
Nennbetrag von je 300
Reichsmark, von welchen
33 333 Stück für den Be-
trag von 9 999 M für die
Aktie, die restlichen 5542
Stück für den Betrag von
1662 600 M für die Aktie aus-
gegeben werden, beschlos-
sen. Diese Erhöhungen
sind durchgeführt. Das
Grundkapital beträgt jetzt
60 000 000 M. Direktor
Willibald Brodig, Stutt-
gart, Direktor Richard
Dobberpflugh, Berlin-Steglitz,
Direktor Dr. rer. pol.
Friedrich Ernst, Stuttgart,
Direktor Gustav Joss,
Stuttgart, Direktor Rudolf
Marlin, Stuttgart, Direc-
tor August Würz,
Stuttgart, ordentliche Vor-
standsmitglieder. Durch
Beschluss der Generalver-
sammlung vom 11. Novem-
ber 1927 ist der ganze Ge-
sellschaftsvertrag neu fest-
gestellt. Zu ordentlichen
Vorstandsmitgliedern sind
bestellt: Direktor Willi-
bald Brodig, Stuttgart, Di-
rektor Richard Dobberpflugh,
Berlin-Steglitz, Direc-
tor Dr. rer. pol. Fried-
rich Ernst, Stuttgart, Di-
rektor Gustav Joss, Stutt-
gart, Direktor Rudolf
Marlin, Stuttgart, Direc-
tor August Würz, Stutt-
gart. Ferner sind die bis-
herigen stellvertretenden
Vorstandsmitglieder: Dr.
Rudolf Weidmann, Dr. Karl
Boettinger, Gustav Kauf-
mann, Franz Köhler, Geo-
rg König, Ludwig Neu-
müller, Dr. Rudolf Schloef-
mann, Viktor Sároczek,
Heinrich von Tszala, zu
ordentlichen Vorstands-
mitgliedern ernannt. 12. 1.
1928.

4. Süddeutsche Disconto-
Gesellschaft, Aktien-Gesell-
schaft in Mannheim, mit
einer Zweigniederlassung
in Karlsruhe. Dr. Stanis-
laus Sühmann ist nicht
mehr stellvertretendes Vor-
standsmitglied. 10. 1. 1928.

5. C. F. Dürr, Garne
und Kurzwarengroßhand-
lung, Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Karls-
ruhe. Die Geschäftsfüh-
rerin Emil Dürr, Ehefrau
Mathilde, geb. Wagner,
ist jetzt Ehefrau des prakt.
Arztes Dr. Gottlieb Otto
Kraus, Karlsruhe. 13. 1.
1928.
Bad. Amtsgericht B. II.

Werrach. M.373
Handelsregister einträge.
Kom 11. Januar 1928:
„Süddeutsche Disconto-
Gesellschaft, Aktiengesell-
schaft, Filiale Werrach“,
Werrach: Dr. Stanislaus
Sühmann ist nicht mehr
stellvertretendes Vor-
standsmitglied.
Kom 12. Januar 1928:
„Kraftwagenverehr Werrach, Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung“, Werrach.
Der Gesellschaftsvertrag
ist am 8. Oktober
1927 festgesetzt. Der Ge-
genstand des Unternehmens
ist die Errichtung und der
Betrieb einer Kraftwagen-
verbindung zur Personen-
beförderung auf der Strecke
Werrach-Tümmingen-
Saagen-Sauringen-
Drombach mit Stichfahrten
nach Wingen. Stammkapi-
tal: 25 000 M. Die Ge-
sellschaft kann einen oder
mehrere Geschäftsführer
bestellen; sind mehrere Ge-
schäftsführer bestellt, so
kann durch Gesellschafter-
beschluss allen Geschäfts-
führern oder einzelnen der-
selben das Recht zur selb-
ständigen Vertretung der
Gesellschaft übertragen
werden. Geschäftsführer
ist Mechaniker Walter
Haberbusch in Werrach.
Kom 12. Januar 1928:
„Gebra. Güte-Verarbei-
tungs-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung“, Kan-
dern. Der Gesellschaftsver-
trag ist am 3. Dezember
1927 festgesetzt. Der Ge-
genstand des Unterneh-
mens ist die Verarbeitung
von Häuten und Fellen,
die Gerbung und Zurich-
tung sowie der Vertrieb
dieser. Die Gesell-
schaft ist berechtigt, andere
ähnliche Unternehmungen
zu erwerben und sich an
solchen zu beteiligen.
Stammkapital: 20 000 M.
Die Gesellschaft wird durch
einen oder mehrere Ge-
schäftsführer vertreten.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so wird die
Gesellschaft durch zwei Ge-
schäftsführer oder einen
Geschäftsführer und einen
Prokuristen vertreten. Die
Bezeichnung erfolgt für die
Gesellschaft in der Weise,
dass die Zeichnungen zu der
gezeichneten oder auf son-
stigen Wege hergestellten
Firma der Gesellschaft ihre
Namensunterschrift beifügen.
Geschäftsführer ist
der Gerber Pierre Gub-
eran in Kandern. Die Be-
kannmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger.
Werrach, 12. Jan. 1928.
Bad. Amtsgericht I.

Mannheim. M.378
Handelsregister einträge
vom 11. Januar 1928:
J. Vonn, Mannheim: Die
Procura der Anna
Heidenheim, geb. Dreufus,
ist erloschen. Dem Hans
Robert Heidenheim in
Mannheim ist Procura erteilt.
Kom 12. Januar 1928:
„Gebra. Güte-Verarbei-
tungs-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung“, Kan-
dern. Der Gesellschaftsver-
trag ist am 3. Dezember
1927 festgesetzt. Der Ge-
genstand des Unterneh-
mens ist die Verarbeitung
von Häuten und Fellen,
die Gerbung und Zurich-
tung sowie der Vertrieb
dieser. Die Gesell-
schaft ist berechtigt, andere
ähnliche Unternehmungen
zu erwerben und sich an
solchen zu beteiligen.
Stammkapital: 20 000 M.
Die Gesellschaft wird durch
einen oder mehrere Ge-
schäftsführer vertreten.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so wird die
Gesellschaft durch zwei Ge-
schäftsführer oder einen
Geschäftsführer und einen
Prokuristen vertreten. Die
Bezeichnung erfolgt für die
Gesellschaft in der Weise,
dass die Zeichnungen zu der
gezeichneten oder auf son-
stigen Wege hergestellten
Firma der Gesellschaft ihre
Namensunterschrift beifügen.
Geschäftsführer ist
der Gerber Pierre Gub-
eran in Kandern. Die Be-
kannmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger.
Werrach, 12. Jan. 1928.
Bad. Amtsgericht I.

Mannheim. M.378
Handelsregister einträge
vom 11. Januar 1928:
J. Vonn, Mannheim: Die
Procura der Anna
Heidenheim, geb. Dreufus,
ist erloschen. Dem Hans
Robert Heidenheim in
Mannheim ist Procura erteilt.
Kom 12. Januar 1928:
„Gebra. Güte-Verarbei-
tungs-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung“, Kan-
dern. Der Gesellschaftsver-
trag ist am 3. Dezember
1927 festgesetzt. Der Ge-
genstand des Unterneh-
mens ist die Verarbeitung
von Häuten und Fellen,
die Gerbung und Zurich-
tung sowie der Vertrieb
dieser. Die Gesell-
schaft ist berechtigt, andere
ähnliche Unternehmungen
zu erwerben und sich an
solchen zu beteiligen.
Stammkapital: 20 000 M.
Die Gesellschaft wird durch
einen oder mehrere Ge-
schäftsführer vertreten.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so wird die
Gesellschaft durch zwei Ge-
schäftsführer oder einen
Geschäftsführer und einen
Prokuristen vertreten. Die
Bezeichnung erfolgt für die
Gesellschaft in der Weise,
dass die Zeichnungen zu der
gezeichneten oder auf son-
stigen Wege hergestellten
Firma der Gesellschaft ihre
Namensunterschrift beifügen.
Geschäftsführer ist
der Gerber Pierre Gub-
eran in Kandern. Die Be-
kannmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger.
Werrach, 12. Jan. 1928.
Bad. Amtsgericht I.

Mannheim. M.363
Handelsregister einträge
vom 9. 1. 1928.
Robehaus Preis Sachs,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim.
Der Gesellschaftsvertrag
der Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung ist am
20. Dezember 1927 festge-
stellt. Gegenstand des Un-
ternehmens ist der Betrieb
eines Damenmodegeschäfts
zur Errichtung dieses
Zweckes ist die Gesellschaft
befugt, Zweigniederlas-
sungen zu errichten,
gleichartige Unternehmungen
zu erwerben, sich an
solchen Unternehmungen
zu beteiligen oder deren
Vertretung zu überneh-
men. Das Stammkapital
beträgt 21 000 M. Ge-
schäftsführer ist Albert
Wuffemer, Mannheim.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so wird die
Gesellschaft durch minde-
stens zwei Geschäftsführer
oder durch einen Ge-

schäftsführer in Gemein-
schaft mit einem Proku-
risten vertreten. Als nicht
eingetragen wird veröf-
fentlicht: Die Bekannt-
machungen der Gesellschaft
erfolgen durch den Deut-
schen Reichsanzeiger. Ge-
schäftslokal: P. 6, 20.

Gebrüder Kohl, Mann-
heim-Neckarau. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
24. November 1927 begon-
nen. Persönlich haftende
Gesellschafter sind Walter
Kohl, Ingenieur, und Rud-
olf Kohl, Kaufmann,
beide in Mannheim-Neck-
arau.
Johannes Medler, Bau-
zinnfarbenfabrik Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung, Mannheim: Das
Stammkapital ist gemäß
dem Gesellschafterbeschlus
vom 28. Oktober 1927 um
9000 M erhöht und be-
trägt jetzt 21 000 M.
Bad. Amtsgericht Mann-
heim, S.-G. 4.

Mannheim. M.378
Handelsregister einträge
vom 11. Januar 1928:
J. Vonn, Mannheim: Die
Procura der Anna
Heidenheim, geb. Dreufus,
ist erloschen. Dem Hans
Robert Heidenheim in
Mannheim ist Procura erteilt.
Kom 12. Januar 1928:
„Gebra. Güte-Verarbei-
tungs-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung“, Kan-
dern. Der Gesellschaftsver-
trag ist am 3. Dezember
1927 festgesetzt. Der Ge-
genstand des Unterneh-
mens ist die Verarbeitung
von Häuten und Fellen,
die Gerbung und Zurich-
tung sowie der Vertrieb
dieser. Die Gesell-
schaft ist berechtigt, andere
ähnliche Unternehmungen
zu erwerben und sich an
solchen zu beteiligen.
Stammkapital: 20 000 M.
Die Gesellschaft wird durch
einen oder mehrere Ge-
schäftsführer vertreten.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so wird die
Gesellschaft durch zwei Ge-
schäftsführer oder einen
Geschäftsführer und einen
Prokuristen vertreten. Die
Bezeichnung erfolgt für die
Gesellschaft in der Weise,
dass die Zeichnungen zu der
gezeichneten oder auf son-
stigen Wege hergestellten
Firma der Gesellschaft ihre
Namensunterschrift beifügen.
Geschäftsführer ist
der Gerber Pierre Gub-
eran in Kandern. Die Be-
kannmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger.
Werrach, 12. Jan. 1928.
Bad. Amtsgericht I.

Mannheim. M.363
Handelsregister einträge
vom 9. 1. 1928.
Robehaus Preis Sachs,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim.
Der Gesellschaftsvertrag
der Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung ist am
20. Dezember 1927 festge-
stellt. Gegenstand des Un-
ternehmens ist der Betrieb
eines Damenmodegeschäfts
zur Errichtung dieses
Zweckes ist die Gesellschaft
befugt, Zweigniederlas-
sungen zu errichten,
gleichartige Unternehmungen
zu erwerben, sich an
solchen Unternehmungen
zu beteiligen oder deren
Vertretung zu überneh-
men. Das Stammkapital
beträgt 21 000 M. Ge-
schäftsführer ist Albert
Wuffemer, Mannheim.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so wird die
Gesellschaft durch minde-
stens zwei Geschäftsführer
oder durch einen Ge-

schäftsführer in Gemein-
schaft mit einem Proku-
risten vertreten. Als nicht
eingetragen wird veröf-
fentlicht: Die Bekannt-
machungen der Gesellschaft
erfolgen durch den Deut-
schen Reichsanzeiger. Ge-
schäftslokal: P. 6, 20.

Gebrüder Kohl, Mann-
heim-Neckarau. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
24. November 1927 begon-
nen. Persönlich haftende
Gesellschafter sind Walter
Kohl, Ingenieur, und Rud-
olf Kohl, Kaufmann,
beide in Mannheim-Neck-
arau.
Johannes Medler, Bau-
zinnfarbenfabrik Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung, Mannheim: Das
Stammkapital ist gemäß
dem Gesellschafterbeschlus
vom 28. Oktober 1927 um
9000 M erhöht und be-
trägt jetzt 21 000 M.
Bad. Amtsgericht Mann-
heim, S.-G. 4.

direktor Otto Häffner in
Mannheim ist Liquidator.
Nachstehende Firmen
sind erloschen: Willy
Schöble, Mannheim;
Franz Heinrich Schmitt,
Mannheim; Michel Dob-
schiner, Mannheim.
Bad. Amtsgericht Mann-
heim, S.-G. 4.

Karlsruhe. M.367
Handelsregister eintrag B
Band I D.-Z. 8 bei der
Firma Magg Ges. m. b. G.
in Singen a. S. (Zweig-
niederlassung in Berlin):
Zu Geschäftsführern sind
bestellt: Alexander Gypfen
in Berlin, Carl Wölfing
in Berlin, Rudolf Kauf-
mann in Berlin, Adolf
Klett in Berlin, Dr. Gu-
stav Baron in Berlin,
Ewald Steinbach in Ber-
lin, Kurt Schmid in Ber-
lin, Josef Müdy in Sin-
gen. Jeder der Genann-
ten zeichnet die Firma ge-
meinsam mit einem ge-
meinschaftlich Zeichnenden
Geschäftsführer, Geschäfts-
führerstellvertreter, Pro-
kuristen oder Handlungs-
bevollmächtigten. Dem
Andreas Joll in Berlin ist
Gesamiprotura erteilt.
Er zeichnet die Firma ge-
meinsam mit einem ge-
meinschaftlich Zeichnenden
Geschäftsführer, Geschäfts-
führerstellvertreter, Pro-
kuristen oder Handlungs-
bevollmächtigten.
Karlsruhe, 5. Jan. 1928.
Bad. Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Dienstag, 24. Januar 1928
* A 16 15.-Gen. 3. S.-Gr
(2. Hälfte)
Der Vogelhändler
von Jeller
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von
Otto Kraus

Kurfürstin Franz
Adelaide Curt
Baron Weps Döber
Stanislaus Nentvich
von Scharnagel Nagel
Süßle Kalmbach
Bürmannen Krüger
Adam Witt
Vrieschrittel Mant
Schneid Wehlauch
Emmerenz Bruttel
Rebel Kilian
Jette Ofter
Quendel Lindemann
Wauroner Meyer
Egghi Minibus
Magerl Kleinbus
Kreller Gröbinger
Weinleber Uras
Piquaur Kilian
Gröbinger

Anfang 1914, Ende geg. 22 1/2
I. Rang und I. Spertsh
7 RM.
Mi. 25. Jan.: Einmaliges
Gastspiel Gabina: Dypul.
Do. 26. Jan.: La Traviata.

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Bis 1. Februar
täglich
**Die große
REVUE**
Das
lebende
Magazin